

**FDP**  
Die Liberalen



# ST. GALLER FREISINN

|                    |            |                                    |        |   |             |   |          |
|--------------------|------------|------------------------------------|--------|---|-------------|---|----------|
| St. Gallen Radikal | 2/3/4<br>7 | Jungfreisinnige<br>Geldspielgesetz | 8<br>9 | Schweizer Tourismus<br>Delegiertenversammlung | 10<br>12/13 | Seite der Präsidentin<br>Unter Freisinnigen | 20<br>22 |
|--------------------|------------|------------------------------------|--------|---|-------------|---|----------|

39. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen St. Gallen

## Inhalt

### Kein Anlass, pessimistisch zu sein

Von der Digitalisierung geht Gefahr aus – hört man oft. Die Fakten sprechen aber eine andere Sprache. Nicht Regulierung und Aktionismus machen uns fit für die Zukunft, sondern das Vertrauen in den Markt und eine kluge Bildungspolitik.

Seite 3

### NoBillag heisst nicht NoSRG

Am 4. März 2018 stimmt die Schweiz über die NoBillag-Initiative ab, welche gemeinsam von den Jungfreisinnigen und der jungen SVP lanciert wurde.

Seite 4

### Auslandsschweizer und Bankkonto

Die Fünfte Schweiz stimmt progressiv und liberal. Beim Bankkonto drückt jedoch seit längerem der Schuh. Es bedarf einer Lösung mit liberalem Augenmass, welche aber der internationalen Mobilität unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger Rechnung trägt.

Seite 6

### Polit-Dating mit den Wählern

Immer mehr Menschen finden ihre Partner über soziale Medien oder Online-Datingplattformen. Diesem Trend können sich auch Politikerinnen und Politiker nicht entziehen und die Arbeit mit sozialen Medien ist speziell im Wahlkampf empfehlenswert.

Seite 11

## Digitale Kompetenzen für unseren Kanton

Die IT-Bildungsoffensive der Regierung hat die richtige Stossrichtung – aber auch grosses Optimierungspotenzial. Nur spür- und messbare Effekte rechtfertigen ein solch enorme Investition. Die FDP wird sich deshalb für greifbare Massnahmen einsetzen, die auf allen Bildungsstufen einen echten Mehrwert schaffen.

### Raphael Frei, Kantonalpräsident

Digitale Fähigkeiten sind im heutigen Berufsalltag von grösster Wichtigkeit. Auch die Volksschule ist dem Wandel ausgesetzt. So besass die Schule in Vergangenheit das Wissensmonopol – Wissen wurde den Schülerinnen und Schülern vermittelt. Heute ist Wissen aber dank der Digitalisierung überall greifbar. Die Volksschule muss den Schülerinnen und Schülern deshalb die Kompetenz vermitteln, wie man an dieses Wissen gelangen kann und wie man digitale Technologien passend einsetzt. Dies wird auch von der Wirtschaft erwartet.



Digitale Kompetenzen sind bereits ab der Volksschule wichtig.

### Messbare Effekte zweifelhaft

Die Regierung hat im September den Entwurf für die sogenannte «IT-Bildungsoffensive» veröffentlicht und die Parteien zur Vernehmlassung eingeladen. Am Anfang des Prozesses stand eine überparteiliche Motion unter Mitwirkung der FDP. Das von der Regierung nun vorgestellte Projekt sieht vor, 75 Millionen Franken in eine IT-Bil-

dungsoffensive zu investieren. Die FDP begrüsst grundsätzlich die von der Regierung vorgeschlagene Stossrichtung zur Behebung des Fachkräftemangels und zum Aufbau digitaler Kompetenzen. Wir erwarten aber vom definitiven Entwurf noch klare Verbesserungen. Denn direkt spür- und messbare Effekte der geplanten Investition scheinen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht gegeben. Dafür fehlen

neben den formulierten Zielsetzungen greifbare Massnahmen. Bereits bestehende Lehrgänge, zum Beispiel an den Höheren Fachschulen, sind zudem in der Vorlage gar nicht berücksichtigt. Diese Lehrgänge sind aber ebenfalls sehr zentral. Eine Umsetzung von Bildungsmassnahmen lassen in diesem Bereich hohe Effekte erwarten.

Fortsetzung auf Seite 3

# Fragen, die nach Antworten verlangen

## Liebe Leserinnen und Leser

Erinnern Sie sich noch an die «Freisinn»-Ausgabe vom November 2016, in der wir uns über die Anpassung des Spitalstatuts zugunsten einer Einflussnahme durch Regierungsrätin Heidi Hanselmann auf die Geschäfte der Spitalverbunde geärgert haben? Etwa gleichzeitig haben wir parteiübergreifend auch eine Interpellation zur unerwünschten Einflussnahme durch das Departement auf den Verwaltungsrat der Spitalverbunde eingereicht. Die Antwort war damals nicht überzeugend. Zwischenzeitlich kann nach einer erneuten Anpassung des Spitalstatuts festgestellt werden, dass unserer Forderung entsprochen wurde. Eine erfreuliche Entwicklung.

## Besorgniserregende Entwicklung

Weniger erfreulich dürfte sich die Kostenentwicklung im Spitalwesen auswirken. Aktuell zeigen diverse neu gebaute bzw. erneuerte Spitäler in Nachbarkantonen – z. B. Triemli- oder Waidspital – massive Defizite. Insbesondere das Triemlispital ächzt unter den Baukosten und sieht sich nicht in der Lage, die notwendigen Eigenmittel aufzubringen. Aber auch die Situation im Kanton St. Gallen lässt aufhorchen. Es ist z. B. zu vernehmen, dass das Bauprojekt des Spitals Altstätten durch Einsparungen blockiert ist. Daraufhin und in Hinblick auf die Entwicklungen im Kanton Zürich haben



Beat Tinner

wir die Regierung gefragt, was sie unternähme, wenn die Spitalbauprojekte nicht mehr finanzierbar wären, und ob Anpassungen bei diesen Bauprojekten geprüft werden. Wir erwarten die Antwort gespannt!

## Fiasko vermeiden

In der Beantwortung einer weiteren

von der FDP getragenen Interpellation «Spitalverbunde des Kantons St. Gallen – gerüstet für die Zukunft?» schreibt die Regierung, dass für die Finanzierung der Investitionsvorhaben Tarifierhöhungen notwendig sind. Mindestens im ambulanten Bereich tritt nun genau das Gegenteil ein. Hier drängt sich eine weitere Frage auf: Wie gedenkt die Regierung die Tarifierhöhung zu erreichen angesichts der nun gegenteiligen Entwicklung? Die FDP wird die Spitalfinanzen weiterhin genau beobachten und versuchen, das vorprogrammiertes Fiasko zu verhindern. Deshalb wird sich die FDP-Delegation in der Finanzkommission dafür einsetzen, dass die Kostenrechnungen der einzelnen Spitäler der Finanzkommission zur Beurteilung offengelegt werden.

## Kostentransparenz bei Mietraumkosten

Zentrale Steuerungselemente der Kantonsfinanzen sind der Personalaufwand sowie die Mietraumkosten. Die FDP hat sich dafür eingesetzt, dass der Kantonsrat nicht mehr einzelne neue Stellen bewilligt, sondern den Personalkredit global steuert und es der Regierung überlässt, wie der Stellenbedarf über Departemente und Dienststellen verteilt wird. Das Budget 2018 zeigt, dass sich unser Einsatz gelohnt hat und sich die Personalkosten stabilisieren. Die Regierung wird beweisen müssen, dass sie die neu erhaltene Ver-

antwortung auch in Zukunft wahrnimmt. Abweichungen oder Umgehungen wird die FDP nicht tolerieren! In Bearbeitung ist der Auftrag, die Mietkosten auf die einzelnen Dienststellen herunterzubrechen. Erst so wird es möglich, den Raumbedarf der einzelnen Dienststellen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu beurteilen. Dieses Projekt ist in Arbeit und dürfte in einem Jahr umgesetzt werden. Auch hier hat sich die FDP massgeblich für eine Kostentransparenz eingesetzt.

## Bahnanschluss nicht verlieren

Die St. Galler Industrie hat schweizweit den zweitgrössten Exportanteil. Diese Ausgangslage gilt es zu stärken, und wir müssen verhindern, dass unsere gut ausgebildeten St. Gallerinnen und St. Galler nach Zürich ziehen, weil sie dort interessante Arbeitsplätze vorfinden und das Pendeln zu wenig attraktiv ist. Beim übernächsten Bahnausbauschritt dürfen wir deshalb nicht abgehängt werden – dafür müssen wir uns beim Bund einsetzen. Unsere Städte St. Gallen und Wil müssen ihren Anschluss an Zürich behalten, indem die Kapazität des Schienennetzes zwischen Zürich und St. Gallen ausgebaut wird und gleichzeitig der Zeitbedarf für die Verbindung St. Gallen–Zürich auf unter eine Stunde fällt.

**Beat Tinner,**  
**Fraktionspräsident**

## Hinweis

# Wechsel auf der Geschäftsstelle

(red.) Der langjährige Geschäftsführer und Fraktionssekretär Adrian Schumacher hat die Geschäftsstelle per Ende September verlassen. Die Parteileitung dankt Adrian Schumacher für den unermüdlichen Einsatz zugunsten der Partei sowie der Fraktion. Mitte September wurde Christoph Graf als Nachfolger gewählt. Der 27-Jährige

hat in Zürich Germanistik, Philosophie und Politikwissenschaften studiert und war für den St. Galler Freisinn schon in verschiedenen Funktionen tätig. Er hat die Geschäfte kommissarisch und in Zusammenarbeit mit der Parteiführung bereits übernommen. Offizieller Stellenantritt ist der 1. Dezember 2017.



Adrian Schumacher



Christoph Graf

Fortsetzung von Seite 1

### Zuerst strukturelle Probleme lösen

Es ist erfreulich zu sehen, dass eine Vernetzung von Wirtschaft und Bildung angestrebt wird. Allerdings soll vor allem auch das duale Bildungssystem nicht ausser Acht gelassen werden. Die notwendigen basalen IT-Kenntnisse müssen bereits in der Volksschule sowie auf der Sekundarstufe II vermittelt werden. Dafür gilt es aber – vor der entsprechenden Umsetzung von Massnahmen im Rahmen des diskutierten Sonderkredits –, Fehler aus der Vergangenheit auszuräumen. So zum Beispiel strukturelle Probleme. Dafür braucht es nicht diese Bildungsoffensive. Dies ist ein Grundauftrag an die Volksschule.



Raphael Frei

### Duale Berufsbildung als Erfolgsfaktor

In der Vorlage fehlt der klare Fokus auf die Berufsbildung und die darauf vorbereitende Sekundarstufe I. Denn

vor allem auch künftige Lehrabgänger sind bei der Beseitigung des Fachkräftemangels von grosser Wichtigkeit. Sie helfen der hochkompetitiven, innovativen und exportorientierten St. Galler Industrie genauso wie Absolventen der tertiären Stufe, welche in der Vorlage mit dem «Digital Campus» und neuen Lehrgängen an der HSG und an den Fachhochschulen gut bedacht sind.

### Folgekosten nicht berücksichtigt

Mit einem kritischen Auge ist auch der finanzielle Aspekt der Vorlage zu betrachten. Der Bericht spricht zwar von jährlichen Belastungen im Kantonsbudget von «nur» 4,4 Millionen Schweizer Franken, berücksichtigt aber die Folgekosten u. a. für die Gemeinden nicht. Insbesondere die hohen

Kosten sind für die FDP vor dem Hintergrund relevant, dass der Aufgaben- und Finanzplan des Kantons für die Jahre 2018–2020 schon ohne die IT-Bildungsoffensive mit einem jährlichen Aufwandüberschuss von 30 bis 52 Millionen Schweizer Franken rechnet.

### Durch Fortschritt in die Zukunft

Mit der IT-Bildungsoffensive will die Regierung einen Sondereffort initiieren, um Bildungsrückstände auf- und Vorsprünge herauszuholen, dies ist gut so. Ein wichtiges Anliegen der FDP, die Vernetzung von Bildung und Wirtschaft, wird angegangen. Allerdings sehen wir auch hier noch Optimierungsbedarf, damit der Kanton St. Gallen dann tatsächlich digital kompetent in die Zukunft schreiten kann!

## Kommentar

# Kein Anlass, pessimistisch zu sein

Von der Digitalisierung geht Gefahr aus – hört man oft. Die Fakten sprechen aber eine andere Sprache. Nicht Regulierung und Aktionismus machen uns fit für die Zukunft, sondern das Vertrauen in den Markt und eine kluge Bildungspolitik.

### Christoph Graf, Geschäftsführer und Fraktionssekretär

In einer kürzlich veröffentlichten Studie von Avenir Suisse findet sich eine bemerkenswerte Aussage: «Um es gleich vorwegzunehmen: Selten war die Diskrepanz zwischen wahrgenommener und tatsächlicher Entwicklung so gross wie bei der Digitalisierung.» So stellt uns die Digitalisierung nicht nur vor eine technische und gesellschaftliche Herausforderung, sondern vor allem auch vor eine politische. Die Debatte um die Digitalisierung ist von zwei grundverschiedenen Sichtweisen geprägt: Die einen blicken mit Optimismus in die Zukunft, die anderen warnen pessimistisch vor all den schlechten Entwicklungen: «Im Kanton Genf diskutiert man eine Strafsteuer für Self-Scanning-Kassen. Im Bundeshaus postulieren Gewerkschafter unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes für Arbeitnehmende ein E-Mail-Verbot nach Feierabend. Gemeinsam ist diesen Bemühungen, dass mit dem Kochbuch der Regulie-

rung und der staatlichen Intervention das Zeitalter der digitalen Veränderungen gestoppt oder zumindest verzögert werden soll», schreibt Avenir Suisse in besagter Studie. Gerade diese Angst vor der «Vernichtung» von Arbeitsplätzen, der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, ja vor der Invasion der Maschinen führt uns Freisinnigen vor Augen, wie Freiheit und Fortschritt auch in diesem Bereich täglich unter Druck geraten.

### Digitalisierung schafft Jobs

Bei einer solch enorm wichtigen Debatte müssen wir aber zuerst die Fakten betrachten und nicht gedankenlos in den öffentlichen Hype um diese Entwicklungen einsteigen. Aktuell lassen sich empirisch keine negativen Folgen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen feststellen. Selbstverständlich gibt es eine Dynamik – es gehen Tätigkeiten in der Industrie verloren, einzelne Aufgaben werden neu durch Maschinen übernommen. Neue Maschinen ersetzen den Menschen und

seine Arbeit aber nicht – sie ergänzen ihn. Die Maschinen erhöhen die Arbeitsproduktivität und damit die Nachfrage. Die positiv stimulierte Nachfrage wiederum führt zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und bildet deshalb sogar eine Voraussetzung für die Schaffung neuer Jobs.

### Bildungspolitik als effizientestes Instrument

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir nicht mit der grossen Kelle anrühren und auf etwaige vermutete Entwicklungen reagieren sollten. Vielmehr müssen wir die Freiheit verteidigen und auf den Markt sowie die Innovationskraft von Wirtschaft und Gesellschaft vertrauen. Der Staat darf auch in diesem Bereich nicht ängstlich und voreilend regulieren, sondern muss lediglich die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Und gerade hier sind wir im Kanton St. Gallen grundsätzlich auf dem richtigen Weg: «Die Bildungspolitik ist wohl das liberalste Instrument, mit dem der Staat digitale Umwälzungen auf den Arbeitsmarkt

begleiten und abfedern kann. Es ist auch das effizienteste.»

### Informatikunterricht und Allgemeinbildung

Dabei bestärkt die Studie insbesondere auch den Weg, den die FDP mit ihrer Vernehmlassungsantwort zur IT-Bildungsoffensive beschritten hat: stärkere Berücksichtigung der Volksschule und der Berufslehre sowie Investitionen in den eigentlichen Unterricht und weniger in die Schaffung neuer Institute. Dabei plädiert Avenir Suisse insbesondere auch für die Stärkung des Informatikunterrichts ab der Grundstufe sowie insgesamt den Ausbau der Allgemeinbildung auf allen Stufen: «Jede und jeder sollte wenigstens in den Grundzügen verstehen, wie diese Maschinen technisch funktionieren und – noch wichtiger – auf welchen Prinzipien und innerer Logik die Digitalisierung fusst.»

Wenn die Roboter kommen. Den Arbeitsmarkt für die Digitalisierung vorbereiten. Avenir Suisse, Oktober 2017.

Jungfreisinnige

# NoBillag heisst nicht NoSRG, sondern mehr Freiheit und Markt

Am 4. März 2018 stimmt die Schweiz über die NoBillag-Initiative ab, welche gemeinsam von den Jungfreisinnigen und der jungen SVP lanciert wurde. Mit der Annahme der Initiative würden die Gebühren für die SRG wegfallen. Die rund 400 Franken für Privatpersonen sowie die beiden Gebühren für Unternehmen würden künftig entfallen und die SRG müsste sich neu orientieren. Die Jungfreisinnigen St. Gallen sind davon überzeugt, dass dies der richtige Schritt ist.

**Noël Dolder,**  
Kantonalpräsident JFSG,  
und **Jan Bauer,**  
Leiter Kommunikation  
JFSG

Erst kürzlich wurde bekannt, dass ab Januar 2019 die Billag-Gebühren für Privathaushalte von heute abgerundet 451 Franken auf 365 Franken pro Jahr fallen werden. Der Bundesrat will damit gegen die NoBillag-Initiative werben. Weniger bekannt ist, dass die Gebührensenkung bei den Privaten durch Mehrbelastung der Unternehmen kompensiert wird. Insgesamt muss die SRG also



Sammelaktion an der OFFA 2015. Die Jungfreisinnigen Kanton St. Gallen haben massgeblich zum Erfolg der Initiative beigetragen.

BILD: CHRISTOPH GRAF

nämlich fast sämtliche Gelder, die von den fast 300 Mitarbeitern bei der Billag eingenommen werden, an die SRG.

## Neuorientierung notwendig

Die Zustimmung zur No-Billag-Initiative wäre ein radikaler Schritt. Dieser Weg ist aber der einzig richtige, um die SRG von ihrer Trägheit zu befreien. Sie kann sich dann strukturell anpassen, innovativer sein und bspw. stärker auf Online-Medien setzen. Insgesamt soll sich die SRG mehr am Markt orientieren und unabhängiger berichten.

## Ankündigung

# Wahlfeier Karin Keller-Sutter

(red.) Am 27. November 2017 wird unsere Ständerätin Karin Keller-Sutter zur Präsidentin des Ständerats gewählt. Das wollen wir natürlich gebührend feiern! Die Wahlfeier findet am Mittwoch, 29. November, in Wil statt. Ab 17.30 Uhr wird der Bevölkerung auf dem Hofplatz ein Apéro offeriert und ab 18.15 Uhr führt ein Cortège durch die Wiler Innenstadt. Alle Freisinnigen des Kantons sind herzlich eingeladen, an diesen Festlichkeiten teilzunehmen und unsere dann frischgebackene Ständeratspräsidentin damit zu ehren.



Ständerätin Karin Keller-Sutter

nicht mit wesentlich weniger Geld auskommen, im Gegenteil. Seit ihrer Einführung sind sowohl die Anzahl Haushalte als auch die Anzahl Unternehmen massiv angestiegen, ohne dass jemals Gebühren gesenkt wurden.

## Private und Unternehmen entlasten

Mit der Zustimmung zur vorliegenden Initiative bietet sich also erstmals die Gelegenheit, die bestehende Gebührenordnung abzuschaffen und sowohl Private als auch Unternehmen finanziell stark zu entlasten. Sind Sie sich bewusst, dass Sie heute über einen Franken pro Tag an Billag-Gebühren zahlen, um drei Fernseh- und sechs Radiosender zu empfangen? Mit einem Anteil von 94 Prozent gehen

## Andere Modelle wären denkbar

Ohne Gegenvorschlag oder Mittelweg präsentieren uns Bundesrat und Parlament die Initiative. Die beiden genannten Gründe sind immer die gleichen: der befürchtete Untergang der SRG und die leidenden Sprachregionen. Dass es durchaus denkbare Zukunftsbilder für eine SRG ohne Billag-Gebühren gibt, zeigt ein Modell von Avenir Suisse. Bei dieser Idee würde die SRG künftig als «Public Service Provider» keine eigenen Kanäle mehr betreiben und stattdessen hochwertige Inhalte für Dritte produzieren. Insgesamt führt die Initiative zu mehr Entlastung und hilft der SRG, sich von der Trägheit zu lösen und neue, unabhängige Wege einzuschlagen. Das wäre zu begrüssen.

Entscheidende Wahlen stehen an

## Hohe Ziele

Nach mehrheitlich erfolgreichen kantonalen Wahlen 2017 stehen im neuen Jahr diverse Gesamterneuerungswahlen an. Ein kurzer Überblick soll zeigen, wo die Kantonalparteien stehen und was ihre Ziele sind.

### Nidwalden



**Stefan Bosshard, Präsident  
FDP.Die Liberalen Nidwaldner**

Am 4. März 2018 finden im Kanton Nidwalden Gesamterneuerungswahlen statt. Zu wählen sind sieben Regierungsräte im Majorzverfahren und 60 Landräte – so nennen wir das Kantonsparlament in Nidwalden – im Proporzverfahren mit dem klingenden Namen «Doppelter Pukelsheim». Unsere Ziele für diese Wahlen sind klar: Im Regierungsrat wollen wir mindestens unsere beiden Sitze behalten. Da insgesamt zwei der sieben Regierungsräte, darunter Yvonne von Deschwanden (FDP), nicht mehr antreten, werden wir mit unserem bisherigen Regierungsrat und Finanzdirektor Alfred Bossard und

mindestens einem neuen Kandidaten zu den Wahlen antreten. Die Nomination der Regierungsratskandidaten findet am 11. Januar 2018 statt.

Mit 15 der insgesamt 60 Sitze im Landrat hat die FDP Nidwalden einen Anteil von 25 Prozent. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, mindestens einen oder zwei Sitze dazuzugewinnen und zur zweitstärksten Fraktion im Landrat aufzusteigen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es für uns wichtig, in jeder einzelnen Gemeinde eine volle Liste mit guten Kandidaten präsentieren zu können.

Mit dem Schwung des Erfolgs der FDP.Die Liberalen im Rücken sind wir zuversichtlich, unsere Ziele zu erreichen – für ein Nidwalden in Bestform.

### Bern



**Stefan Nobs,  
Geschäftsführer FDP Bern**

Im Kanton Bern stehen am 25. März 2018 die Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates und des Regierungsrates an. Die FDP will im Kantonsparlament um 5 Sitze zulegen. Im Moment verfügen die Freisinnigen über 17 Mandate. Kantonalparteipräsident Pierre-Yves Grivel: «Das Ziel ist ambitiös, aber wir haben unsere Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen bei vergangenen Wahlen analysiert und sind überzeugt, dass wir in mehreren Regionen Sitze dazugewinnen können.»

Bei den Regierungsratswahlen wollen die Freisinnigen den Sitz des zurücktretenden Hans-Jürg Käser halten. Bereits Ende Mai haben die Delegierten Grossrat Philippe Müller für dieses Amt nominiert.

Gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien BDP, EDU und SVP will die FDP die 2016 zurückgewonnene bürgerliche Mehrheit in der Kantonsexekutive verteidigen.

«Der Kanton Bern braucht eine bürgerliche Regierung und ein bürgerliches Parlament, damit wir gemeinsam den Kanton Bern vorwärtsbringen können», so Pierre-Yves Grivel.

### Graubünden



**Vera Stiffler,  
Geschäftsführerin und Fraktions-  
präsidentin FDP Graubünden**

Die FDP Graubünden hat sich zum Ziel gesetzt, weiterhin stärkste Partei im Grossen Rat zu bleiben und unseren bisherigen Regierungsrat glanzvoll zu bestätigen. Der Bündner Grosse Rat besteht aus 120 Mitgliedern und fünf Regierungsräten. Die FDP, als stärkste Fraktion im Kanton, stellt 35 Mitglieder (CVP 31, BDP 27, SP 16, SVP 9, GLP 2). Der bisherige FDP-Regierungsrat Christian Rathgeb ist einer von fünf Regierungsrä-

ten. Er kandidiert für eine weitere Legislatur.

Graubünden ist einer der Majorz Kantone. Das heisst, dass der Grosse Rat alle vier Jahre und innerhalb von 39 Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlverfahren gewählt wird. Der Wahlkampf findet in den drei Kantonsprachen Deutsch, Italienisch und Romanisch statt, wobei es bei der romanischen Sprache fünf verschiedene Idiome, eine Art Dialekt, gibt. Die FDP ist in zahlreichen Kreisen gut vertreten. Dies dank gezielter Arbeit an der Basis und dank starker Persönlichkeiten.

### Obwalden



**Jonas Reif, Geschäftsführer  
FDP.Die Liberalen Obwalden**

Während der letzten 12 Jahre hat die FDP in Obwalden laufend an Parteistärke verloren, was sich jedoch nicht auf die Sitze im Parlament auswirkte. Wir dürfen im Parlament konstant 10 Sitze (von 55) besetzen, dies obwohl der Wähleranteil von 20,9 auf 17 Prozent gesunken ist.

Unser Ziel ist es, die kantonale Parteistärke wieder auf 20 Prozent zu erhöhen und damit verbunden einen zusätzlichen Sitz zu gewinnen. Mit zwei Regierungsratssitzen hat die FDP über mehrere Legislaturperioden massgebend die Exekutivarbeit mitgeprägt (bspw. erfolgreiche Steuerstrategie).

Leider haben wir bei der letzten Ersatzwahl auf eine Regierungsratskandidatur verzichten müssen. Inwiefern es bei der kommenden Gesamterneuerungswahl unsere Strategie sein wird, den zweiten Sitz zurückzuerobern, werden wir in den kommenden Wochen festlegen.

In einem kleinen Kanton wie Obwalden werden vornehmlich Personen und nicht Parteien gewählt, entsprechend müssen wir aufgrund der Kandidatenpotenziale die Parteistategie definieren. Unser primäres Ziel ist es, in Obwalden sowohl in der Exekutive wie in der Legislative eine auf Eigenverantwortung basierende bürgerliche Politik weiter zu stärken.